

»Wer Menschenrechte stärken will, darf öffentliche Kontrolle nicht fürchten.«

Rede des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 25. Februar 2013 in Genf

»Der wirkliche Test für die Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrats wird der Gebrauch sein, den Mitgliedstaaten davon machen.« Diese Worte von Kofi Annan, dem geistigen Vater des Menschenrechtsrats, füllen diesen Raum, sie beschreiben die Hoffnung vieler Menschen, die auf dieser Institution ruht – und sie bewegen, so hoffe ich, auch Ihre Herzen und Köpfe.

Der Menschenrechtsrat ist ein Ort der Verantwortung, der auch ich mich verpflichtet sehe. Es ist mir Ehre und Freude, heute bei Ihnen zu sein. Ihnen hat die Staatengemeinschaft die Sorge für das höchste und doch so verletzbare Gut der Menschheit anvertraut. Stellvertretend für sie dürfen und müssen Sie handeln, wenn Staaten ihrer menschenrechtlichen Verantwortung oder ihren Schutzpflichten nicht gerecht werden. Hier ist der Ort, wo konkret und auch kontrovers auf den Tisch kommt, wenn Menschen in ihren grundlegenden Rechten verletzt werden. Hier haben Sie gezeigt, dass für Sie menschenverachtendes Handeln nicht hinnehmbar ist. Ich denke etwa an die internationale Untersuchungskommission zum Syrien-Konflikt. Davon ist mehr vorstellbar und ich wünschte mir auch mehr.

Wer Menschenrechte stärken will, darf öffentliche Kontrolle nicht fürchten. Es ist wichtig, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die Achtung der Menschenrechte in allen Staaten und ohne Unterschiede überprüft. Es ist gut, dass in Ihrer Mitte Menschenrechtsverteidiger und Nichtregierungsorganisationen ihre Stimme erheben können, um Missstände in die Öffentlichkeit zu tragen. Und es ist ein bedeutsamer Fortschritt, dass Ihre Arbeit transparent geschieht, dass die Debatten und ihre Ergebnisse jederzeit über das Internet verfolgt und abgerufen werden können.

Dies ist umso wichtiger, da wir feststellen müssen, dass Menschenrechte zwar in vielen Ländern Teil der Rechtsordnung und moralisches Postulat sind, in der Realität aber noch viel zu oft verletzt und missachtet werden. Ich nenne die Todesstrafe, für deren Abschaffung ich mich mit Nachdruck einsetze. Ich nenne Folter, Gewalt gegen Frauen, willkürliche Haft, ›Verschwindenlassen‹ und die Einschüchterung von Menschenrechtsverteidigern. Ich nenne die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft und die Diskriminierung wegen Hautfarbe oder Herkunft. All das ist nicht Geschichte, sondern harte Realität. Es kann und muss aber Geschichte werden!

Die Geschichte der Menschenrechte ist auch und vor allem eine Geschichte des Kampfes für ihre Durchsetzung. Überall in der Welt gab und gibt es ungezählte mu-

tige Menschen, die sich für Grundfreiheiten und Menschenrechte einsetzen. Ich habe selbst erfahren, was es bedeutet, in grundlegenden Freiheiten beschnitten zu werden. Die DDR, in der ich lebte, war – wie andere kommunistische Regime in Mittel- und Osteuropa – eine der Staaten, die sich auf dem Papier zwar zu den Menschenrechten bekannten, die Freiheitsrechte in der Realität aber mit Füßen traten. Ich habe erfahren, wie wichtig und ermutigend es für diejenigen ist, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden, wenn die Staatengemeinschaft auch ihre Heimatländer in die Pflicht nimmt. Ich erinnere mich gut, welch eine Kraft die Deklaration von Helsinki im Jahr 1975 entfaltete. Wenngleich die Schlussakte kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern gewissermaßen ›nur‹ eine selbstverpflichtende Aussage von Staaten war – so hatten doch auch die kommunistischen Regime in Ost- und Mitteleuropa sie unterzeichnet. Und endlich konnten wir Bürgerinnen und Bürger uns auf jene Rechte berufen, zu denen sich die Machthaber vor der Weltöffentlichkeit bekannt hatten. Und wenn die Herrschenden eine Bindung an ihre Verpflichtungen uns gegenüber gleichwohl immer bestritten – auf westliches Hegemoniestreben, den Kampf der Systeme und übergeordnete nationale Interessen verwiesen –, so konnten wir doch, wenn wir unsere Rechte einforderten, die Verunsicherung und bisweilen auch Angst in ihren Augen sehen, die Angst, ihre Macht zu verlieren.

Aus dieser Erfahrung heraus bitte ich Sie, bei Ihrer Arbeit immer die Menschen vor Augen zu haben, die unter menschenrechtsverachtender Herrschaft leiden. Für sie sind Sie Anwälte, ihnen geben Sie Stärke bei ihrem Kampf für Menschen- und Freiheitsrechte.

Diese Angst, von der ich soeben sprach, ist auch heute vielfach zu spüren. Allen Herrschenden, die das Pochen auf die allgemeinen Menschenrechte als ›westlichen Imperialismus‹ diskreditieren wollen, sage ich: Die Wurzeln dieser Rechte liegen in den unterschiedlichen Kulturen unserer Erde. Zugleich beruhen sie auf universellen völkerrechtlichen Erklärungen und Abkommen, und die Bevölkerung in Ihrem Land versteht die Sprache der Menschenrechte sehr gut!

Die Staatengemeinschaft hat vor 20 Jahren mit der Wiener Menschenrechtserklärung noch einmal ein klares Bekenntnis dazu abgelegt – Sie werden ihr gleich im Anschluss eine Paneldiskussion widmen. Und doch gibt es immer wieder Versuche, Menschenrechtsverletzungen mit dem Verweis auf ›kulturelle Konventionen‹ oder »traditionelle Werte« zu rechtfertigen. Wo Menschen sich ihrer individuellen Rechte und ihres Rechts

auf körperliche Unversehrtheit bewusst werden, da werden sie den Verweis auf Traditionen nicht als Grund akzeptieren. Gleich welcher Kultur ein Mensch angehört: Folter tötet, verletzt, ist niemals hinnehmbar. Nicht hinnehmbar sind die Pressezensur und die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Nicht hinnehmbar ist Zwangsheirat, nicht hinnehmbar ist weibliche Genitalverstümmelung. Zu Recht hat Nelson Mandela, der große Kämpfer für die Freiheit in Südafrika, gesagt: »Einem Menschen seine Menschenrechte verweigern, bedeutet, ihn in seiner Menschlichkeit zu missachten.« Die Würde des Menschen zu achten – das sollte die oberste Richtschnur dieses Rates sein.

Kultur wird immer von Menschen geprägt, von ihnen weiter entwickelt und verändert. Mut machen mir die gesellschaftlichen Debatten, die die Rechte der Frau erweitern, die derzeit in Indien und Ägypten und anderen Staaten geführt werden, oder die Debatten über die Gleichberechtigung Homosexueller in immer mehr Ländern weltweit.

Auch Deutschland hat für diese Debatten und Entwicklungen Zeit benötigt. Aber unsere Gesellschaft war bereit, überkommene Konventionen im Licht der universellen Menschenrechte zu verändern. Dazu wollen wir auch andere ermutigen.

Ich denke hier besonders an die Transformationsgesellschaften. Sie bedürfen einer schrittweisen, aber umfassenden Wandlung, von autoritären Herrschaftsformen zu demokratischen. Ich bin überzeugt: Mit mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger wird der Respekt vor den Menschenrechten einhergehen. Ich unterstütze diese Debatten, sie konfrontieren die Regierenden mit den universellen völkerrechtlichen Abkommen und den dort festgeschriebenen verbindlichen Normen und Werten!

Und noch etwas ist mir wichtig: Menschenrechte gelten nicht nur universell, sie sind zugleich unteilbar. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und die politischen und bürgerlichen Freiheiten gehören untrennbar zusammen.

Für ein menschenwürdiges Leben müssen Grundbedürfnisse wie Essen und Trinken, Gesundheit und Wohnen erfüllt sein. Zu einem menschenwürdigen Leben gehören aber ebenso politische Teilhabe, Meinungs-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit oder ein effektiver Rechtsschutz. Schon gar nicht dürfen diese Rechte gegeneinander ausgespielt werden, nach dem Motto: Wir stillen jetzt den Hunger nach Brot – den Hunger nach Meinungsfreiheit oder Gleichberechtigung stillen wir später.

Die Geschichte der Durchsetzung der Menschenrechte hat viele Kapitel – und kein Ende. Denn auch da, wo sie errungen wurden, muss ihr Bestand gesichert werden. Als Freund der Demokratie und der Menschenrechte sage ich: Auch Demokratien müssen sich fragen lassen, ob sie Menschenrechte relativieren – ob aus außenpolitischen, aus wirtschaftlichen oder noch anderen Gründen.



Bundespräsident Joachim Gauck

UN-Foto: Jean-Marc Ferré

Für mich entscheidet sich die Glaubwürdigkeit, mit der Staaten sich für Menschenrechte einsetzen, auch an ihrer Bereitschaft, die eigenen Errungenschaften von anderen kritisch befragen zu lassen. Unser Land stellt sich in diesem Jahr zum zweiten Mal dem Verfahren der universellen Staatenüberprüfung. Die Fragen anderer helfen uns, noch besser zu werden.

Unser Land ist ein vielfältiges Land. Wir wollen respektvoll miteinander leben, unabhängig davon, woher wir stammen oder worauf sich unser Glaube bezieht. Wo immer es dafür etwas zu verbessern gibt, will ich dazu beitragen. Vor wenigen Wochen habe ich ein Asylbewerberheim bei Berlin besucht und mit Erwachsenen und Kindern gesprochen. Unser Land steht zu den humanitären Vereinbarungen im Asylrecht und im Flüchtlingsschutz.

Sie wissen vielleicht, dass es in Deutschland vor etlichen Jahren eine rassistische Mordserie gegeben hat, die lange nicht erkannt worden ist. Sie ist beendet, aber die Debatte, wie wir in unserem Land damit umgehen, die hält an. Vor kurzem habe ich die Angehörigen der Opfer eingeladen und auch ihnen gesagt: Alle Menschen in unserem Land müssen darauf bauen können, dass unser Staat sie schützt.

Sie können sicher sein: Deutschland wird die Arbeit des Menschenrechtsrats immer unterstützen und dabei besonders die Verständigung zwischen Regionen fördern. Ich bin mir sicher: Von Ihrer Arbeit, von diesem Saal können weltweit beachtete Impulse gegen Unrecht, Unfreiheit, Hunger und Armut ausgehen.

Vier leitende Gedanken erscheinen mir und meinem Land dabei besonders wichtig:

Ich bitte Sie: Sprechen Sie Menschenrechtsverletzungen offen und ohne falsche Rücksichten an, auch wenn das manchmal bedeutet, Nachbarn und Freunde zu kritisieren – unabhängig von der Größe und dem Gewicht eines Landes. Alle Mitglieder im Menschenrechtsrat sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich bitte Sie: Greifen Sie schnell ein, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Ihre wichtige Funktion als internationales ›Frühwarnsystem‹ sollten Sie weiter ausbauen.

Ich bitte Sie: Ermutigen Sie Regierungen, Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. Dass dies möglich ist, wissen die Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern Europas, in Südafrika oder auch in lateinamerikanischen Staaten am besten. Es ist oft schmerzvoll. Aber nur durch Aufarbeitung und Verantwortlichkeit kann Versöhnung gelingen. Nur so kann gesellschaftlicher Frieden Wurzeln schlagen – und Freiheit, Sicherheit, Wohlstand gedeihen.

Ich bitte Sie: Betrachten Sie Nichtregierungsorganisationen als Partner und nicht als Gegner. Menschenrechtsorganisationen decken Missstände auf, sie beraten Regierungen und tragen zum Bewusstsein für den Wert der Menschenrechte bei. Dort engagierte Bürger tragen, genau wie Rechtsstaat und freie Medien, zu einer positiven Entwicklung jedes Staatswesens bei.

Ich freue mich darum sehr, dass Vertreter von Menschenrechtsorganisationen hier im Saal anwesend sind. Für Ihren Mut und Ihren Einsatz danke ich Ihnen! Menschenrechte brauchen Beschützer. Menschenrechte brauchen Verteidiger. Regierungen mögen Kritik nicht für richtig halten. Aber das gibt Regierungen nicht das Recht, Kritiker einzuschüchtern, zu misshandeln oder gar zu töten. Staaten, die Kritik unterbinden, sind Unrechtsstaaten.

Menschenrechte bleiben für mich die Grundlage allen menschlichen Zusammenlebens, die Voraussetzung

dafür, dass wir unsere großartigen menschlichen Möglichkeiten nutzen können, um unser Leben zum Besseren zu verändern.

Mein Besuch bei Ihnen ist deswegen der Auftakt für eine Reihe weiterer Besuche von Menschenrechtsinstitutionen. Im April reise ich zum Europarat in Straßburg und anschließend zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Auch in Deutschland werde ich das Thema Menschenrechte ansprechen und den Dialog mit den Bürgern suchen.

Menschenwürde achten, Menschenrechte durchsetzen – das ist ein Projekt, das andauert und das ich mir als Bürger und als Präsident meines Landes zu Eigen mache. Verzagen wir nicht angesichts der Größe der Aufgabe. Gemeinsam mit vielen habe ich erlebt, wie Menschen, die machtlos erschienen, einen übermächtigen, einen menschenverachtenden Staat, ein ganzes Regime zu Fall brachten. Ich habe erlebt: Zusammen können wir etwas bewirken und die Welt menschenwürdiger machen. Ich habe erlebt: Wer die Botschaft der Menschenrechte überhört, der wird sich früher oder später auf der Verliererseite der Geschichte wiederfinden.

Ich wünsche dem Menschenrechtsrat beständigen Erfolg im Bemühen, allen Menschen in allen Erdteilen Teilhabe zu ermöglichen – Teilnahme am Kostbarsten, über das Menschen in ihren Gesellschaften verfügen können: den Menschenrechten.

Rede im Volltext: Webseite des Bundespräsidenten: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/02/130225-Menschenrechtsrat.html

Dokumente der Vereinten Nationen

In der folgenden Übersicht sind die Resolutionen und die Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit einer kurzen Inhaltsangabe und den (etwaigen) Abstimmungsergebnissen von **Dezember 2012 bis März 2013** aufgeführt. Die Dokumente sind alphabetisch nach Ländern,

Regionen oder Themen sortiert. In der jeweiligen Rubrik erfolgt die Auflistung chronologisch (das älteste Dokument zuerst). Diese **Dokumente im Volltext** sind zu finden über die Webseite des Deutschen Übersetzungsdienstes: www.un.org/Depts/german

Generalversammlung				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Syrien	A/RES/67/183	20.12.2012	Die Generalversammlung verurteilt entschieden die nach wie vor ausgedehnten und systematischen schweren Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die syrischen Behörden . Sie fordert die syrischen Behörden auf, sofort allen Menschenrechtsverletzungen und Angriffen auf Zivilpersonen ein Ende zu setzen, die Bevölkerung zu schützen und ihren Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völkerrecht uneingeschränkt nachzukommen sowie sofort alle willkürlich inhaftierten Personen freizulassen. Die Versammlung verlangt, dass die syrischen Behörden der Untersuchungskommission des Menschenrechtsrats sofort vollen Zugang zu allen Gebieten Syriens gewähren und uneingeschränkt mit ihr zusammenarbeiten.	+135; -12; =36

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Burundi	S/RES/2090(2013)	13.2.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat des Büros der Vereinten Nationen in Burundi bis zum 15. Februar 2014 zu verlängern.	Einstimmige Annahme
Friedens- konsolidierung	S/PRST/2012/29	20.12.2012	Der Sicherheitsrat betont, dass die Friedenskonsolidierungsbemühungen stärker koordiniert , kohärenter gestaltet und vermehrt integriert werden müssen , und unterstreicht, dass eine bessere Koordinierung zwischen den UN-Missionen, den Landteams der Vereinten Nationen und den sonstigen regionalen und Entwicklungsakteuren, einschließlich der Regionalorganisationen, von äußerster Wichtigkeit ist.	
	S/RES/2086(2013)	21.1.2013	Der Sicherheitsrat vermerkt, dass er mehrdimensionalen Friedenssicherungsmissionen unter anderem das Mandat erteilen kann, zu grundlegender Sicherheit beizutragen , indem sie nationale Programme zur Reform des Sicherheitssektors unterstützen, strategische Hilfe bei der Schaffung eines Rahmens für den Sicherheitssektor leisten und beim Aufbau der Kapazitäten des Militärs, der Polizei und anderer Strafverfolgungsinstitutionen in Schlüsselbereichen behilflich sind.	Einstimmige Annahme
Friedenssiche- rungseinsätze	S/PRST/2013/2	12.2.2013	Der Sicherheitsrat hebt hervor, dass Friedenssicherungsmissionen mit einem Mandat zum Schutz von Zivilpersonen die Erfüllung dieses Mandats gewährleisten müssen . Er betont, wie wichtig es ist, dass das hochrangige Leitungspersonal der Missionen fortgesetzt darauf hinarbeitet, sicherzustellen, dass alle Anteile einer Mission und alle Ebenen der Befehlskette ordnungsgemäß über das Schutzmandat der Mission und ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten unterrichtet sind und diese entsprechend wahrnehmen.	
Guinea-Bissau	S/RES/2092(2013)	22.2.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (UNIOGBIS) bis zum 31. Mai 2013 zu verlängern . Er ersucht den Generalsekretär, spätestens bis zum 30. April 2013 einen Bericht und Empfehlungen zum Mandat der Mission und einer möglichen Neuausrichtung der Unterstützung vorzulegen.	Einstimmige Annahme
Massenvernich- tungswaffen	S/RES/2087(2013)	22.1.2013	Der Sicherheitsrat verurteilt den von der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) am 12. Dezember 2012 vorgenommenen Raketenstart , der gegen die Resolutionen 1718(2006) und 1874(2009) verstieß. Der Rat verlangt, dass die DVRK keine weiteren Starts vornimmt. Er bekräftigt seine Unterstützung für die Sechs-Parteien-Gespräche, fordert ihre Wiederaufnahme und legt allen Teilnehmern eindringlich nahe, ihre Anstrengungen zur vollständigen und zügigen Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung vom 19. September 2005 zu verstärken, um auf friedliche Weise die verifizierbare Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel herbeizuführen und den Frieden und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien zu wahren.	Einstimmige Annahme
	S/RES/2094(2013) + Anlagen I, II	7.3.2013	Der Sicherheitsrat verurteilt mit allem Nachdruck den von der DVRK am 12. Februar 2013 (Ortszeit) unter Verletzung und grober Missachtung der einschlägigen Ratsresolutionen durchgeführten Nuklearversuch . Der Rat beschließt, dass die DVRK jegliche weitere Starts, bei denen Technologie für ballistische Flugkörper verwendet wird, Nuklearversuche und jegliche sonstige Provokation zu unterlassen hat. Er verlangt, dass die DVRK die Verkündung ihres Rücktritts von dem Nichtverbreitungsvertrag sofort zurücknimmt. Der Rat beschließt ferner, dass die in Ziffer 8 d) der Resolution 1718(2006) genannten Sanktionen auch auf die in den Anlagen I und II aufgeführten Personen und Einrichtungen Anwendung finden.	Einstimmige Annahme
Nahost	S/PRST/2013/3	15.2.2013	Der Sicherheitsrat begrüßt es, dass der Präsident Jemens, Abed Rabbo Mansour Hadi , den Beginn der Konferenz des nationalen Dialogs für den 18. März 2013 angekündigt hat sowie den Erlass eines Dekrets betreffend die Schaffung des Exekutivbüros für die Rahmenvereinbarung über gegenseitige Rechenschaft. Der Rat hält an seiner Erwartung fest, dass die Konferenz des nationalen Dialogs zu einem Verfassungsreferendum und zu Wahlen spätestens im Februar 2014 führen wird.	

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Somalia	S/RES/2093(2013) + Anlage	6.3.2013	Der Sicherheitsrat beschließt , die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union zu ermächtigen, den Einsatz der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) unter voller Einhaltung ihrer Verpflichtungen bis zum 28. Februar 2014 fortzuführen . Der Rat wiederholt sein in Resolution 2036(2012) enthaltenes Ersuchen, im Rahmen der mandatsmäßigen Truppenstärke der AMISOM eine Sicherungstruppe aufzustellen , die für Personal der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Vereinten Nationen, Sicherheits-, Geleit- und sonstige Schutzdienste leistet. Er stimmt mit dem Generalsekretär darin überein, dass das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia sein Mandat erfüllt hat und jetzt aufgelöst werden und möglichst bald durch eine neue erweiterte besondere politische Mission abgelöst werden soll . Er beschließt, dass das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der AMISOM in den Rahmen der neuen Mission der Vereinten Nationen integriert wird. Der Rat beschließt ferner die teilweise Aufhebung des seit 1992 bestehenden Waffenembargos.	Einstimmige Annahme
Sudan	S/RES/2091(2013)	14.2.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der mit Resolution 1591(2006) in Sudan eingesetzten Sachverständigengruppe bis zum 17. Februar 2014 zu verlängern . Er fordert unter anderem die Regierung Sudans auf, alle Beschränkungen, Begrenzungen und bürokratischen Behinderungen der Arbeit der Sachverständigengruppe aufzuheben.	Einstimmige Annahme
Terrorismus	S/RES/2082(2012) + Anlage	17.12.2012	Der Sicherheitsrat begrüßt die Entscheidung einiger Mitglieder der Taliban, sich mit der Regierung Afghanistans auszusöhnen , die terroristische Ideologie Al-Qaidas und ihrer Anhänger zu verwerfen und eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts zu unterstützen. Die Regierung ersucht den Sicherheitsrat, die nationale Aussöhnung zu unterstützen, so auch indem er die Namen derjenigen von den Sanktionslisten der Vereinten Nationen streicht, die sich aussöhnen. Der Rat weist den nach Resolution 1988(2011) eingesetzten Ausschuss an, die Streichungsanträge zu prüfen und Personen und Einrichtungen, die die festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, zeitnah von der Liste zu streichen .	Einstimmige Annahme
	S/RES/2083(2012) + Anlagen	17.12.2012	Der Sicherheitsrat fordert alle Mitgliedstaaten auf, aktiv an der Führung und Aktualisierung der nach den Resolutionen 1267(1999), 1333(2000) und 1989(2011) aufgestellten Al-Qaida-Sanktionsliste mitzuwirken .	Einstimmige Annahme
	S/PRST/2013/1	15.1.2013	Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, um die Finanzierung des Terrorismus und terroristischer Organisationen zu verhüten und zu bekämpfen und weist erneut auf die diesbezüglichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hin.	
Timor-Leste	S/PRST/2012/27	19.12.2012	Zum Abschluss des Mandats der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNMIT) am 31. Dezember 2012 würdigt der Sicherheitsrat die bemerkenswerten Erfolge Timor-Lestes sowie den Beitrag des Landes zu wichtigen regionalen und globalen Initiativen.	
Zentralafrika	S/PRST/2012/28	19.12.2012	Der Sicherheitsrat verurteilt mit Nachdruck die anhaltenden Angriffe und Gräueltaten der Widerstandsarmee des Herrn (LRA) . Der Rat verurteilt die Einziehung und den Einsatz von Kindern, die Tötungen und Verstümmelungen, die Vergewaltigungen, die sexuelle Sklaverei und sonstige sexuelle Gewalt sowie die Entführungen. Er verlangt die sofortige Beendigung aller Angriffe der LRA, insbesondere auf Zivilpersonen, fordert die Führer auf, alle Entführten freizulassen . Er besteht darauf, dass alle Elemente der LRA diese Praktiken beenden, ihre Waffen abliefern und sich demobilisieren lassen.	
Zentralafrikanische Republik	S/RES/2088(2013)	24.1.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik (BINUCA) bis zum 31. Januar 2014 zu verlängern . Er ersucht das BINUCA, über die von bewaffneten Gruppen verübten Menschenrechtsverletzungen und sonstigen Verstöße, insbesondere an Kindern und Frauen, Bericht zu erstatten.	Einstimmige Annahme
Zypern	S/RES/2089(2013)	24.1.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) um einen weiteren, am 31. Juli 2013 endenden Zeitraum zu verlängern .	+14; -0; =1 (Aserbaidschan)